

Streit um Exotisch : Berliner Senat Rügt Streetfood Festival

Berliner Senat kritisiert Gastronomen für Nutzung des Begriffs „exotisch“ bei Asian Streetfood Festival, Debatte um Sprachsensibilität entfacht.



NACHRICHTEN AG
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Strikte Sprachregulierung beim Asian Streetfood Festival in Berlin heizt Diskussionen an

Berlin - Im Herzen von Kreuzberg fand das Asian Streetfood Festival auf dem Gelände des Sage Beach Clubs an der Köpenicker Straße statt. Bei dieser Veranstaltung boten mehr als ein Dutzend Stände kulinarische Köstlichkeiten aus Korea, Thailand, China und Vietnam an. Ein Werbeslogan sorgte jedoch für heftige Diskussionen.

Debatte über den Begriff „exotisch“

Die Kontroverse entfachte sich am Slogan „Tauche ein in die exotische Welt der asiatischen Straßenküche“. Eine von der Behörde für Sozial- und Integration angehörige Jury, gegründet 2021 durch eine Initiative von Rot-Rot-Grün, kritisierte den Begriff „exotisch“. Jury-Chefin Iris Rajanayagam betonte, dass das Wort oft verwendet wird, um Menschen oder Kulturen als fremd und andersartig zu beschreiben.

Diese Jury, die von der Behörde unter Leitung der Senatorin Cansel Kiziltepe (48, SPD) berufen wird, schickte Ende Juni eine kritische Stellungnahme an den Betreiber des Sage Beach Clubs, Sascha Disselkamp (60). Das Festival selbst wurde jedoch nicht von ihm veranstaltet; er stellte lediglich das Gelände zur Verfügung.

Reaktionen der Beteiligten

Sascha Disselkamp stellte in einer Antwort klar, dass der Begriff „exotisch“ keineswegs abwertend gemeint sei und dass es bei anderen Märkten wie dem Thai-Markt ebenfalls üblich sei, mit „exotischen Aromen“ zu werben. Laut Disselkamp beziehe sich „exotisch“ auf das Besondere und Außergewöhnliche, nicht auf Menschen. Er kritisierte die belehrende Art und Weise der Jury sowie die kurze Frist zur Stellungnahme als peinlich für den Senat.

Politische Reaktionen und Stellungnahmen

Während Jury-Chefin Rajanayagam die Anfrage von BILD unbeantwortet ließ, meinte die Senatsbehörde, dass es sich bei dem Schreiben nicht um ein Verbot oder eine Bestrafung handele, sondern um eine Sensibilisierung des Veranstalters. Ziel sei es, ein Gespräch zu diesem Thema zu eröffnen.

Peter Langer (35), Generalsekretär der Berliner FDP, kritisierte die Maßnahme scharf. Er bezeichnete die Jury als überflüssige

„staatliche Sprachpolizei“ und forderte die Abschaffung des Gremiums. Langer argumentierte, dass der Berliner Senat die Ressourcen besser in die Sicherheit der Stadt investieren sollte.

Auswirkungen auf die Gemeinschaft

Das Ereignis löste eine breite Debatte über den Umgang mit Sprache und kultureller Sensibilität aus. Dabei wurde deutlich, wie wichtig es ist, Wörter bewusst zu wählen, um keine Stereotypen oder Vorurteile zu schüren. Für viele Menschen kann die Bezeichnung „exotisch“ verschiedene Bedeutungen haben, die nicht immer eindeutig sind. Durch solch kritische Diskussionen kann ein besseres Verständnis für die vielschichtige Wahrnehmung von Begriffen erreicht werden.

Vorbeugende Maßnahmen und politische Verantwortung

Um solche Diskussionen in Zukunft zu vermeiden, könnte die Politik Bildungsprogramme initiieren, die die kulturelle Sensibilität fördern. Es wäre ebenfalls hilfreich, klare Richtlinien zu entwickeln, welche Begriffe in öffentlichen Veranstaltungen verwendet werden dürfen. Zudem könnte die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Kulturen gefördert werden, um gegenseitiges Verständnis zu stärken.

Unterschiedliche Ansichten zur Nutzung von Sprache zeigen, wie komplex der Balanceakt zwischen kultureller Wertschätzung und Diskriminierung sein kann. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass Diskussionen stets respektvoll und auf Augenhöhe geführt werden.

Durch präventive Maßnahmen und einen offenen Dialog kann die Politik dazu beitragen, solche Kontroversen zukünftig zu entschärfen und ein inklusiveres Miteinander zu fördern.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de